



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

### **Kollaps verhindern – Testen mit Weitblick**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die bayerischen Labore in der aktuellen Pandemie überdurchschnittliches vollbringen und maßgeblich zur Eindämmung des Infektionsgeschehens beitragen. Durch die Zunahme des Testaufkommens arbeiten die bayerischen Corona-Testlabore an der Belastungsgrenze. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Labore sind nach wochenlangem Einsatz ausgelaugt, Entlastung durch Neueinstellungen sind nicht möglich.

Darüber hinaus gibt es immer öfter Lieferengpässe bei den für die PCR-Tests benötigten Verbrauchsmaterialien und Instrumenten. Der Probenrückstau wird immer größer, wodurch auch die Gefahr besteht, dass die zeitnahe Übermittlung von Testergebnissen an die betroffenen Personen und die zentrale Meldung an das Gesundheitsamt nur noch verzögert erfolgt.

Der bayerische Sonderweg der Möglichkeit zur anlasslosen Testung muss an eine Priorisierung in Relation der vorhandenen Testkapazitäten angepasst werden. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, das Bayerische Testkonzept umgehend einer zielgerichteteren Fokussierung auf symptomatische Patienten, Risikogruppen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen vorzunehmen, um eine ressourcenschonendere Strategie zu forcieren. Aus diesem Grund wird die Staatsregierung auch aufgefordert, die bayerische Sonderregelung für Pendler aus ausländischen Risikogebieten nach § 4 Einreise-Quarantäneverordnung (EQV) sofort wieder zurückzunehmen.

Für die Massenteststrategie des Freistaates sind die bayerischen Labor-Betreiber seit Juli enorm in Vorleistung gegangen, deswegen wird die Staatsregierung aufgefordert, die versprochene vierteljährliche Abrechnung der Kosten des sogenannten Jedermann-Tests unverzüglich einzulösen.

Ferner ist durch die Staatsregierung umgehend zu gewährleisten, dass Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen bei Marktverfügbarkeitsproblemen, die von der Staatsregierung geordneten POC-Antigen-Schnelltests zur Verfügung gestellt werden, um Risikogruppen besser schützen zu können und eine gewisse Entlastung für die Labore zu erzielen.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, den Differenzbetrag pro Test zur Erstattung auf Grundlage der Testverordnung des Bundes zu übernehmen, um die Bewohnerinnen und Bewohner vor Zusatzkosten durch den Einsatz von Schnelltests zu schützen und einen breiten Einsatz zu ermöglichen.

Da die Nachfrage nach Antigen-Schnelltests aktuell weltweit sehr groß ist, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Transparenz der Lieferfähigkeit von Antigen-Schnelltests einzusetzen.

**Begründung:**

Mit Beginn der Bayerischen Teststrategie im Juli und der damit verbundenen Möglichkeit für Jedermann, sich ohne Symptome auf das Coronavirus testen zu lassen zu können, wurden binnen der ersten drei Monate mehr als 700 000 derartige Tests durchgeführt. Aktuell werden ca. 47 000 Tests täglich in Bayern abgenommen. Die Testkapazität liegt laut Bericht aus der Kabinettsitzung vom 10.11.2020 aktuell bei 78 000 Tests. Trotz dieses von der Staatsregierung kommunizierten Puffers bei den Testkapazitäten in Bayern, vermehren immer mehr und immer öfter bayerische Labore Engpässe und Überlastungen. Diese begründen sich nicht nur in Lieferengpässen bei den Labormaterialien wie Reagenzien auf dem weltweit hart umkämpften Markt, sondern auch in einer gefährlichen Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Laboren.

Aus diesem Grund hat am 09.11.2020 das Robert Koch-Institut (RKI) nochmals seine Empfehlung zur Anpassung der Nationalen Teststrategie in einer Stellungnahme veröffentlicht. Dabei wird die klare Fokussierung der Testkapazitäten auf symptomatische Patienten gefordert, um „eine Überlastung von Arztpraxen, Eltern, Betreuungseinrichtungen etc. zu verhindern“. Zuvor hat der Vorsitzende des Verbandes der Akkreditierten Labore in der Medizin (ALM e. V.) Dr. Michael Müller am 03.11.2020 auf einer Bundespressekonferenz die drohenden oder schon akuten Kapazitätsengpässe bei den Tests kritisiert und einer drohenden Überlastung skizziert. Leider hält die Staatsregierung an ihrer bisherigen Teststrategie fest und möchte zunächst mittels einer Evaluation den aktuellen Sachstand überprüfen.

Wie der Bayerische Rundfunk (BR) am 10.11.2020 berichtete, kann auch beim sogenannten POC-Antigen-Schnelltest ein akuter Mangel verzeichnet werden. Die Schnelltests sind z. B. für die Einrichtungen der Langzeitpflege auf dem freien Markt aktuell nicht verfügbar. Statt die Heime schnell mit diesen Tests zu versorgen, wird laut darüber nachgedacht, die ausländischen Berufspendler mit der Mangelware zu testen.

Seit Freitag, den 23.10.2020 brauchen Pendler aus Österreich ein Attest, wenn sie in Bayern arbeiten. Einmal pro Woche müssen Berufspendler bei der Einreise nach Deutschland einen negativen Coronatest vorweisen. Pendler aus dem Freistaat, die in Tirol oder Salzburg ihren Arbeitsplatz haben, brauchen hingegen nichts dergleichen. Alleine dieser Umstand lässt an der Sinnhaftigkeit dieser Regelung zweifeln. Österreichische Politiker üben scharfe Kritik an der Verordnung, welche eine einvernehmliche, europäische Lösung unmöglich macht und nicht praktikabel ist. So müssen Schülerinnen und Schüler, die in Vorarlberg wohnen, aber in Lindau zu Schule gehen, am Samstag extra zum Lindauer Testzentrum fahren, um sich abstreichen zu lassen. Nur dann haben die Betroffenen – aufgrund von Kapazitätsengpässen – die Möglichkeit, sich kostenlos testen zu lassen. Die Testungen der ausländischen Pendler kostet nicht nur viel Geld, sie nimmt auch unnötig wertvolle Testressourcen in Anspruch, die an anderer Stelle dringend benötigt würden. In Lindau fallen durch die Testpflicht für Pendler ca. 1 000 bis 1 500 zusätzliche Tests pro Woche an. Das entspricht ungefähr einer Verdoppelung des Testaufkommens vor Ort.

Darüber hinaus stehen auch hier wieder die Testkapazitäten der Labore zur Disposition, weshalb eine massenhafte Testung von Berufspendlern, die von einem Risikogebiet ins andere pendeln, keinen Sinn macht. Die Testung von vulnerablen Gruppen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitssystem und symptomatischen Bürgerinnen und Bürgern sollte absolute Priorität haben. Die Konsequenz aus dem bayerischen Sonderweg und der Abkehr von der nationalen Teststrategie, ist eine Zunahme beim Probenrückstau, Verzögerungen bei der Testabnahme sowie Ergebnisübermittlung, sowie eine zusätzliche Belastung der Arztpraxen. Der Überlastung in den bayerischen Arztpraxen stellt sich die Ärzteschaft eigenständig entgegen, bereits jetzt testen Ärzte nur Menschen mit Symptomen, wie die Bayerische Landesärztekammer dem BR mitgeteilt hat.